

Murtfeld, Martin

**Working Paper**

## Gedanken zu "Europa"

Discussion Paper Series, Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Universität Freiburg, No. 2014-01

**Provided in Cooperation with:**

Wilfried Guth Endowed Chair for Constitutional Political Economy and Competition Policy, University of Freiburg

Suggested Citation: Murtfeld, Martin (2014) : Gedanken zu "Europa", Discussion Paper Series, Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Universität Freiburg, No. 2014-01, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Freiburg

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/97300>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**Wilfried-Guth-  
Stiftungsprofessur für  
Ordnungs- und  
Wettbewerbspolitik**



**Diskussionsbeiträge /  
Discussion Paper Series**

No. 2014-01

Gedanken zu „Europa“

Martin Murtfeld

April 2014

**Dr. Martin Murtfeld**  
Ancien Premier Vice Gouverneur  
Banque de Développement du Conseil de l'Europe,  
Paris

14. April 2014

## **Gedanken zu „Europa“**

Über lange berufliche Wegstrecken habe ich Europa von *außen* beobachtet. So in den 1960er Jahren bei der *Kreditanstalt für Wiederaufbau*, Frankfurt am Main - beim Engagement für Entwicklungsprojekte in Asien und Lateinamerika. Dann von 1971 bis 1994 in der Zentrale der *Deutsche Bank AG*, ebenfalls in Frankfurt am Main, in der Mitverantwortung für das Geschäft des Konzerns mit Lateinamerika, Afrika und Nahost sowie für weite Bereiche des Risk Management weltweit. Der Blick von außen hat mir geholfen, die eigene europäische Heimat umso höher einzuschätzen, sie andererseits aber auch mit Nüchternheit zu beurteilen! Sie war immer eine *kulturelle* Heimat, die Kraft für praktische Gestaltung gab.

Ein folgenreiches Beispiel: Länder in *Lateinamerika* waren in den 1980er Jahren wiederholt in *Schuldenkrisen* geschlittert – und nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 galt es dann, die hohen Schulden von Ländern des früheren *Comecon* wie Polen oder Bulgarien einer Lösung zuzuführen. Diese Aufgaben waren ökonomisch und politisch brisant. Im Gegensatz zu den monströsen Rettungsaktionen heute zugunsten schwacher Euroländer („*bail-outs*“) lösten die Banken jedoch die damaligen Aufgaben aus eigener Kraft - als „*bail-ins*“: In weltweiter, oft mühsamer Kooperation reduzierten die internationalen Banken seit 1982 Zinsen, stundeten Fälligkeiten und gewährten später Teildiskonte auf ihre Forderungen, stets im Rahmen von Stabilisierungsabkommen unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die *Steuerzahler* der Gläubigerländer wurden *verschont*. Der maßgebende Initiator für partielle Schuldenreduktion, der jetzt vierundachtzigjährige frühere US-Finanzminister *Nicholas Brady*, äußerte jedoch kürzlich eine für Europäer bittere und vielleicht etwas ungerechte Kritik: Er habe damals Vertrauen in das Wachstum von Brasilien und Mexiko

---

Erweiterte Fassung von Ausführungen vor einem privaten Diskussionskreis in Baden-Baden am 14. April 2014

gesetzt, während Europa heute für Griechenland und Portugal kaum Wachstum erwarten lasse!

Die *Deutsche Bank*, unter intellektueller Führung von Persönlichkeiten wie *Wilfried Guth* und *Alfred Herrhausen* und in der Tradition von *Hermann J. Abs* handelnd - dem Deutschland die Wiedergewinnung seines *Kreditstandings* durch das Londoner Schuldenabkommen von 1952 zu verdanken hatte - arbeitete an diesen Schuldenlösungen loyal und engagiert mit. (Ich gehörte seit 1982 den New Yorker „Advisory Groups“ für Mexiko und später Brasilien an und hatte ab 1990 zeitweise den Vorsitz des „London Club“ für Bulgarien.) Oft im Gegensatz zum IWF und den amerikanischen Banken setzten wir uns dafür ein, die *Reputation* der Schuldnerländer möglichst in eine spätere *Kapitalmarktfähigkeit* zu retten, insbesondere aber dem mittelständischen Privatsektor dieser Länder die nötigen Freiheiten zu geben, unter Reduzierung des Einflusses der allenthalben dominierenden Staatsunternehmen. Wir bauten somit das Gedankengut der „sozialen Marktwirtschaft“ als Konditionalität in die Stabilisierungspakete ein. In einer Konferenz in Wien mit Dr. Alfred Herrhausen, wenige Tage bevor – am 30.11.1989 – das tödliche Attentat auf ihn verübt wurde, trugen wir Vertretern der EU-Kommission entsprechende Gedanken und Modelle zu „*European Solutions*“ für die Schuldenkrisen vor.

Wer mag sich daran zu erinnern, dass sog. „BRIC“-Länder wie Brasilien oder heutige Mitgliedsländer der *Europäischen Union* wie Polen und Bulgarien noch vor gut zwanzig Jahren Erleichterungen auf ihre Auslandsschulden erhielten – in der Spitze Bulgarien 1992 rd. 50%, den gleichen Satz wie kürzlich Griechenland für Teile seiner Schulden! Kaum gab es dafür ein Wort des Dankes – und leider haben sich auch nicht die Bundeskanzlerin oder die beiden letzten Bundesfinanzminister daran erinnert. Offenbar passte die Erinnerung nicht ins Konzept – Frau Dr. Merkel und Herr Steinbrück hielten ihre Maßnahmen für „alternativlos“. Aber die Geschichte wiederholt sich *mutatis mutandis* und Maßnahmen in Europa werden den Test zu bestehen haben, ob sie letztlich *globalen* Kriterien standhalten.

Seit Annahme der Einladung bei Ihnen haben sich die politischen Entwicklungen in der *Ukraine* überschlagen. Öfters war ich in der Ukraine und in weiteren schwierigen Nachbarländern der Europäischen Union wie Serbien – im Anschluss an Aufgaben, die

ich bei der *Entwicklungsbank des Europarats* in Paris von 1995 bis 2001 übernommen hatte und durch die ich Europa schließlich auch noch einmal von *innen* erfahren konnte! Unsere Bank hat sich stark mit sozial orientierten Projekten in den sog. *Kernländern* Europas wie Frankreich, Italien, Spanien oder Deutschland engagiert, die vorrangigen Aufgaben lagen jedoch in den sog. *neuen* Ländern weiter östlich und südöstlich sowie im geographischen Zentrum Europas (Tschechien, Polen, Ungarn...).

Lassen Sie mich daher zu Beginn meiner Ausführungen auf das „weite Europa“, das „Europe at large“ eingehen – verkörpert durch den *Europarat*, Strasbourg, und weitere Institutionen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Einige Bemerkungen folgen zur *Europäischen Union*, dem „Europa von Brüssel“, und zu den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Sodann zur *Europäischen Währungsunion*, dem „Europa des Euro“. Zum Schluss will ich meine persönliche Sicht eines „Europa der *inneren Ziele*“ vortragen. Angesichts der Weite der Themen sind Akzente und Meinungen z.T. etwas apodiktisch gesetzt.

### Der **Europarat** – Institution für das „weite Europa“

Die Eskalation der Krise um die Ukraine hat exemplarisch und in bestürzender Weise neue und zugleich alte Gefahren verdeutlicht: Für uns „Kerneuropäer“ gilt nicht nur, dass wir uns ständig mit den Gefährdungen im *Innern* des Integrationsprozesses wie durch Überschuldung von Ländern, soziale Probleme oder extremistische/populistische Bewegungen auseinandersetzen müssen. Der Integrationsprozess lässt sich dauerhaft nur fortführen, wenn von unserem geographischen *Umfeld* her keine markanten politischen oder ökonomischen Gefahren ausgehen. Lange hat man allerdings – auch in Kreisen der Bundesregierung - gedacht, sich darum nicht sonderlich kümmern zu müssen – im Vertrauen, „der Markt wird es schon richten“! *Jetzt* sehen wir bezüglich der Ukraine bedeutsame politische Aktivitäten – insbesondere natürlich infolge großer Unsicherheiten über den zukünftigen Weg *Russlands*. Wie steht es aber etwa um Georgien, die „Stan“-Staaten, die Türkei, Syrien, den großen übrigen Mittelmeerraum? Allenthalben gibt es Anlass zu großer Sorge!

In dieser Situation sollten wir uns der Institutionen erinnern, deren Aufgabe eine geordnete Entwicklung im „weiteren Europa“ ist - und prüfen, ob sie ihren Aufgaben genügen bzw. genügend Rückhalt finden.

1949 wurde der *Europarat* sozusagen „auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs“ von zehn europäischen Staaten gegründet, darunter Frankreich, Großbritannien und Italien. Man wollte die zukünftige Entwicklung Europas wieder in Achtung der *Würde des Menschen* sichern – mit Prinzipien der Demokratie, der Menschenrechte, der Kultur, der sozialen Kohäsion, des Schutzes von Minderheiten. Die Bundesrepublik Deutschland wurde 1950 als Mitglied aufgenommen, die Türkei schon im Gründungsjahr 1949. Die Ukraine trat 1995 bei und die Russische Föderation wurde 1996 Mitglied, der Überlieferung nach auf Drängen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und gegen den Widerstand u.a. von Großbritannien und skandinavischer Ländern.

Wenn jemand – oft mit dem Unterton eines Vorwurfs - sagt: „Die Türkei und Russland gehören nach Europa!“, so ist ihm zu entgegnen, dass dies doch längst der Fall ist. Beide Staaten sind zwar nicht in Brüssel, *aber in Straßburg Mitglied der ältesten paneuropäischen politischen Institution und haben damit alle Chancen, sich als gute europäische Partner zu qualifizieren!* Die Türkei war überdies assoziiertes Mitglied der *Westeuropäischen Union*, eines 1954 gegründeten kollektiven Beistandspakts mit Sitz in Paris, der allerdings 2010 aufgelöst wurde (Javier Solana war 1999 – 2009 dort Generalsekretär).

Wie alle inzwischen 46 Mitgliedsländer des Europarats mussten auch die Türkei, die Ukraine und Russland sich völkerrechtlich verbindlich verschiedenen Abkommen anschließen, die grundlegende Anforderungen sichern sollen. So ist es dem Europarat zu verdanken, dass in der Türkei und in Russland die *Todesstrafe abgeschafft* wurde (gesetzlich behält sie Russland bei, hat sie jedoch ausgesetzt). Alle 46 Mitgliedsländer des Europarats sind auch – über ein sog. partiarisches Abkommen – Mitgliedsländer des *Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte*. Somit entsenden Russland und die Türkei Richter an diesen Gerichtshof, der sich offenbar mit einem hohen Aufkommen an Klagen aus diesen beiden Ländern zu befassen hat! Jedes Mitgliedsland hat die Chance auf die *Präsidenschaft* des Europarats, die alle sechs Monate – wie in Brüssel – wechselt.

Neben Ministerrat und Generalsekretär ist Organ des Europarats die sog. „Parlamentarische Versammlung“, die sich aus Vertretern der Parlamente der Mitgliedsländer zusammensetzt und viermal im Jahr zu Debatten in Straßburg trifft. Aus der DUMA nehmen 18 Abgeordnete teil – die gleiche Anzahl wie die Vertreter des Deutschen Bundestags und der Parlamente in London und Paris! Russland trägt maßgeblich (als „grand contributeur“) zum Budget des Europarats bei – von geplanten Ausgaben von rd. € 402 Mio. in 2014 entfallen auf das Gastland Frankreich rd. € 38 Mio., die Bundesrepublik rd. 35 Mio., Russland und UK je rd. 32 Mio., die Türkei rd. 13 Mio. und die Ukraine rd. € 4 Mio. (Die Beiträge werden nach Größenordnungen des Mitglieds ermittelt – Russland und die Ukraine nahmen daher Abstand, der *Entwicklungsbank des Europarats* in Paris beizutreten, da sie vergleichsweise hohe Verpflichtungen für deren Grundkapital scheuten!)

Der Europarat ist bewusst als Forum für Meinungen, Debatten und Empfehlungen ausgerichtet. Er hat *keine Vollzugsgewalt*, gleichwohl kann er über die verschiedenen Abkommen – u.a. die Menschenrechtskonvention – *gestaltenden* Einfluss ausüben. Verschiedene, eher neutrale Länder wie die Schweiz, Liechtenstein oder Norwegen sehen im Europarat eine Chance, politische oder entwicklungspolitische Anliegen zu formulieren. Der Europarat erfüllt durchaus eine sinnvolle Rolle, um Länder auf eine spätere Mitgliedschaft in der Europäischen Union vorzubereiten!

Es kommt aber sehr darauf an, wie engagiert der Generalsekretär des Europarats und die Vertreter der Mitgliedsländer im Ministerrat und der Parlamentarischen Versammlung ihre Sicherungsrolle für „soft security“<sup>1</sup> in Europa wahrnehmen. Nach Ausbruch der Krise erschienen der norwegische Generalsekretär Thorbjørn Jagland und Sebastian Kurz, Außenminister Österreichs, das derzeit die Präsidentschaft des Europarats stellt, etwas spät in Kiew. Es ist offenbar vorgesehen, dass der Europarat eine rechtliche Bewertung des Referendums auf der Krim vornimmt und damit auch Aussagen trifft zur Bedeutung von „Völkerrecht“ und „internationalem Recht“ – und vielleicht auch dazu, wie es gebrochen wird. Der Europarat *muss* sich m.E. äußern zur Behauptung des Kremls, die Ukraine sei als Zentralstaat nicht lebensfähig und müsse daher als Föderalstaat konzipiert werden (den man beliebig aufbrechen kann).

---

<sup>1</sup> Originalton russ. Botschaft s. „Russia and the Council of Europe“, [www.rusemb.org.uk](http://www.rusemb.org.uk).

In den Dokumenten über den Beitritt zum Europarat 1996 kann man als Verpflichtungen Russlands immerhin nachlesen: „Resolving internal and external disputes *peacefully*“ und „*Denouncing ,as wrong’ the distinction between Russia’s ,near abroad’ (its immediate sphere of influence in the fourteen other former Soviet republics) and all other countries*“. <sup>2</sup> Damit hätte Russland bereits einer „Doktrin“ abgeschworen, derzufolge es sich herausnehmen will, angeblich bedrohten Russen in Nachbargebieten ad libitum „zur Hilfe zu eilen“. Der Entzug des Stimmrechts für die Abgeordneten der DUMA in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats am 10. April 2014 ist ein begrüßenswertes Zeichen. Dem Europarat ist weiterhin solch politischer „Biss“ zu wünschen. Freilich wird für ihn die Aufgabe kritischer Beurteilung von Mitgliedsländern schwieriger, wenn deren Demokratie zusehends zu hinterfragen ist.

Auch die Erfahrungen mit einer weiteren paneuropäischen Organisation, der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) sind bisher eher ernüchternd. Zumindest im Fall der Krise um die Ukraine. Die Bundesregierung u.a. hatte auf die Entsendung einer Beobachtermission der OSZE zur Krim gedrungen. Der einstimmige Beschluss ließ sich angesichts des Verhaltens Russlands nicht durchführen. Beobachter wie Horst Teltschik<sup>3</sup> kritisieren, dass der Ministerrat der OSZE nicht einberufen wurde. Jedes Land könne eine Beschwerde vorbringen, mit der sich der Ministerrat dann befassen *muss*. In der 1975 gegründeten Institution sind alle Staaten Europas einschl. der Türkei, alle Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sowie die USA und Kanada vertreten. Den Vorsitz der OSZE führt derzeit die Schweiz; die USA haben bei Ausbruch der Krim-Krise offenbar Nachsicht gegenüber Russland moniert.

Europarat und OSZE sind Beispiele, dass auch Internationale Institutionen ständig neu zu fokussieren und auf wandelnde Aufgaben hin zu straffen sind - der übergeordneten Maxime folgend: „*Ecclesia sit reformanda*“! Dem Management der Organisationen sollte abverlangt werden, dass nicht nur über die Tätigkeiten Rechnung abgelegt wird. Kritisch wäre m.E. zu evaluieren, wie sich die einzelnen, in das „joint venture“ eingebundenen *Partner* verhalten: kooperativ/destruktiv, anregend/retardierend, finanziell

---

<sup>2</sup> S. Jordan, Pamela A.: *Russia’s Accession to the Council of Europe a.a.O.*, S. 286.

<sup>3</sup> Interview in TV Phoenix am 4. April 2014 um 12.50 Uhr.



korrekt/unkorrekt, Veränderung in deren Reputation zum Besseren/Schlechteren usw. Dies könnte zu einer Art „Rating“ der Trägerschaft der Institutionen führen und sollte deren demokratische Kontrolleure interessieren – wie den Deutschen Bundestag oder – unser nächstes Thema – das Parlament der Europäischen Union. Länder wie die USA (sie blockieren die Reform des IWF!) und Russland, aber auch Länder der EU haben großen Einfluss auf das Wohl und Wehe Internationaler Institutionen und sollten immer wieder erinnert werden, ihre vermeintlichen eigenen Interessen dem Wohl der gemeinschaftlichen Institution unterzuordnen. Wenn ein Genosse glaubt, als „Geist, der stets verneint“ Stärke zu zeigen, wird er im Endergebnis zur Erkenntnis kommen müssen, dass er gegen Interessen des eigenen Landes handelt.

### **Europäische Union**

Von Baden-Baden aus wird Ihnen das Stadtviertel „Institutions Européennes“ im Nordosten Straßburgs vertraut sein – mit dem Dreiklang aus dem Komplex des Europarats (46 Fahnen!), den beiden architektonisch mutigen Gebäuden des „Cour des Droits de l’Homme“ und dann gegenüber den Wassern des Flusses Ill dem runden Glasgebäude des „Parlement Européen“ (28 Fahnen!). Ich bin dort gelegentlich zu Gast bei Begegnungen mit Parlamentariern zum Meinungsaustausch über Themen aus Wirtschaft und Sicherheit.

Mit den Wahlen für ein neues Europaparlament vom 22. bis 25. Mai (Bundesrepublik: 25. Mai) sind – wie man hört - 375 Millionen Europäer zur direkten Willensbekundung aufgerufen – ein einzigartiges demokratisches Experiment! Mit dem neuen Parlament wird die Neubesetzung der gesamten politischen Führungsspitze der Europäischen Union einhergehen – der Europäischen Kommission und ihres Präsidenten, des Präsidenten des Europäischen Rats, des Außenbeauftragten sowie des Vorsitzenden der sog. Eurogruppe (Finanzminister).

EU-Parlamentarier und Beobachter konstatieren mit Anerkennung die in den letzten Jahren gefestigte Rolle des „*Europäischen Parlament*“. Zwar ist es (noch) nicht ein „politisches Parlament“ wie die Parlamente der Mitgliedsstaaten. Bedeutsam sind jedoch die Kontrollrechte zum Budget der EU; die Abstimmung über die zu berufenden

Kommissare und die Mitglieder des Vorstands der Europäischen Zentralbank; die Festigung der Funktion des Parlaments bei gesetzgeberischen Vorhaben der Kommission und des Europäischen Rates. Zu dieser Stärkung beigetragen haben wesentlich die beiden letzten Präsidenten *deutscher* Provenienz des Parlaments – Hans-Gert Pöttering (EVP/CDU) und derzeit Martin Schulz (PS/SPD). Das Parlament ist nunmehr sichtbar „dritte Kraft“ am Firmament der EU, neben Kommission und Rat.

Unter diesen drei Gestaltungszentren fällt nach Meinung vieler Beobachter das Urteil über die *Kommission* nicht gut aus. Kritik zu „Europa“ macht vielfach an der Kommission fest: Zu groß, bürokratisch und aufwendig, kümmert sich zu viel um unnötige Detailfragen statt um die großen Themen, ist z.T. inkompetent. Viele Freunde Europas zeigen Enttäuschung.

Lassen Sie mich vor weiterer Diskussion in aller Kürze auf drei Themen eingehen: Welche *Ziele* sollten wir mit der EU verbinden? *Wie groß* sollte die EU (noch) werden? Wie mag die Landschaft der *Parteien* im zukünftigen EU-Parlament aussehen?

Als Ziele der EU ergeben sich aus dem Europa-Recht und derzeit Reden zur Europawahl: *Frieden*: Wir schauen auf eine einzigartige Periode von 60 Jahren friedfertigen Zusammenlebens in der EU zurück; der Frieden muss gesichert und ausgebaut werden. *Freiheit*: Persönliche Freiheit, Freizügigkeit zum Reisen, Wohnen, Arbeiten und Investieren. *Demokratie*: Der Bürger ist mündig und findet geeignete Formen der politischen Willensbildung. *Stabilität*: Mit der EU ist die Vorstellung politisch stabiler demokratischer Staatswesen verbunden, aber auch finanzielle Stabilität – der Euro ist Ausdruck des Zieles einer *monetär* stabilen EU. *Wachstum*: Die EU soll wachsenden individuellen Wohlstand ermöglichen. Gemeinsame *Werte*: Sicherung der Menschenrechte, Suche nach gemeinsamen ethischen Normen.

Abgeordnete sprechen von europäischen *Errungenschaften*, die dem Wähler sofort ins Gedächtnis kommen sollten:<sup>4</sup> Die Freizügigkeit nach dem Schengen-Abkommen, das Erasmus-Programm für den Studentenaustausch, ein stabiler Euro, der Fiskalpakt (ohne

---

<sup>4</sup> Z.B. MEP Thomas Mann bei Podiumsdiskussion über die Europawahlen im Mai 2014, Deutsch-Französische Gesellschaft, Frankfurt am Main, 24. März 2014.

UK!) zu dessen Sicherung, der Start der „Bankenunion“ mit einheitlicher Bankenaufsicht und Regeln zum Auffangen bzw. Auflösen von Banken. Der letztgenannte Punkt zeigt freilich, dass mit Eintritt in die Details europäischer Regelungen vielfach deren *Strittigkeit* evident wird.

Die bevorstehende Europawahl zeigt jedoch unstrittig, dass zusehends *nationale und europäische Politik* sich ineinander verschränken. Dies gilt für die Bundesrepublik, zumal am 25. Mai in mehreren Bundesländern gleichzeitig mit der Europawahl auch *Kommunalwahlen* abgehalten werden. In Italien wird sich der neu ins Amt gekommene Ministerpräsident Matteo Renzi bei der Europawahl erstmalig der Bevölkerung stellen, die Wahl wird daher als „Lackmustest“ für ihn gesehen. In Frankreich führten die kürzlichen Kommunalwahlen bekanntlich zur Abstrafung des sozialistischen Staatspräsidenten Hollande, der danach das Kabinett auswechselte. Renzi und der neue französische Ministerpräsident Manuel Valls, beide bislang ohne Ausweis in der Bewältigung großer nationaler und internationaler Aufgaben, distanzieren sich, wie manche ihrer Vorgänger, in anti-europäischem Gehabe von Prinzipien der EU.<sup>5</sup> Ganz anders und souverän hierzu die CDU auf ihrem Europaparteitag am 5. April 2014 in Berlin („Die CDU ist die deutsche Europapartei“).

In der Abwägung von „pro und contra“ zu Europa sollte nach den Ereignissen um die Ukraine diesmal der *Außenpolitik* ein wichtigerer Platz als in bisherigen Europawahlen zukommen. Den Wählern wird vor Augen stehen, wie wichtig für ihre eigene – hoffentlich friedliche – Zukunft eine einvernehmliche Willensbildung im europäischen Rahmen ist. Alle demokratischen Ebenen – Bürger, nationale Parteien und Mitgliedsregierungen – sind aufgerufen, sich Gedanken über die zukünftige außenpolitische Rolle der Organe der EU und des/der Außenbeauftragten der EU zu machen. Es bedarf verbesserter Beziehungen insbesondere zu den USA und Russland, einer effektiveren Außenpolitik in Osteuropa und auf dem Balkan, und sichtbarer Ergebnisse der Abstimmung mit anderen internationalen Institutionen.

---

<sup>5</sup> S. z.B. Deckblatt von Le Monde am 5. April 2014: „France, Italie: l’offensive des mauvais élèves contre l’Europe“.

Wie *groß* soll Europa noch werden? Diese Frage betrifft die der EU obliegenden *Aufgaben* und die Anzahl der *Mitgliedsländer*.

Hinsichtlich der Aufgaben haben letzthin u.a. Erwin Teufel und David McAllister an das *Subsidiaritätsprinzip* erinnert:<sup>6</sup> Aufgaben, die auf der Ebene von Gemeinden, Regionen und Nationalstaaten erledigt werden können, sollten dem Grundsatz nach dort entschieden und gelöst werden. Derzeit besteht Verbesserungsbedarf, da einzelne Kommissare sich in zu viele Dinge eingemischt und diese auch fehlbehandelt haben. David McAllister sagte es treffend auf Englisch: „Europe should be bigger on big things and smaller on small things.“

Hinsichtlich der *Anzahl der Mitgliedsländer* der EU ist m.E. ebenfalls eine Neubesinnung und Klärung erforderlich. Während des derzeitigen Mandats hätte die Kommission zweifelsohne mehr Fortschritte in der Integration der *bestehenden* Mitgliedsländer erreichen müssen (Binnenmarkt, Datentechnik, Hin und Her in den Vorschriften für die Finanzmärkte u.v.a.)! Bezüglich der Neuaufnahme von Ländern waren Determination und Klarheit zu vermissen. Bulgarien und Rumänien wurden zweifelsohne zu früh aufgenommen und sind weiterhin Problemländer für die EU. Kroatien musste sogleich nach seinem Beitritt einem Verfahren unterzogen werden.

Welchen Sinn haben Beitrittsverhandlungen mit der *Türkei*, wenn von vorneherein feststeht, dass eine Mitgliedschaft dieses europäisch-asiatischen Landes für die EU finanziell nicht verkraftbar ist (infolge Verpflichtungen für Unterstützungen z.B. der Landwirtschaft u.a.)? Dies abgesehen von den wachsenden Defiziten der Türkei bezüglich Demokratie und Religionsfreiheit sowie die andauernde Spaltung Zyperns. Die Mitgliedschaft im Europarat und eine „strategische Partnerschaft“ sowie ein „Nachbarschaftsabkommen“ mit der EU bieten der Türkei viele Vorteile, die in ihrer derzeitigen historischen Phase ausreichen sollten!

Aktuell muss die EU ihr Verhältnis zur *Ukraine* zweifelsfrei definieren. Die EU muss klarmachen, dass es unrealistisch ist, wenn ukrainische Politiker einen EU-Beitritt

---

<sup>6</sup> S. Teufel Erwin: „Europa vom Kopf...“ a.a.O.; David McAllister auf dem Europaparteitag der CDU am 4. April 2014 – TV-Übertragung in Phoenix.

wünschen. Dort fehlt die Selbstprüfung, denn das Land erfüllt die Voraussetzungen nicht. Es ist stets zu erinnern an eine Einsicht der Gründungsväter der EU: Europa kann nicht funktionieren, wenn jeder versucht, sich einen Vorteil zu verschaffen; ein gemeinsames Ziel kann nur erreicht werden, wenn jeder zu Opfern bereit ist.

Kritik an den Dimensionen in Brüssel richtet sich auf Anzahl und Performance der Kommissare. Wegen des Scheiterns des Projektes einer europäischen Verfassung kam es leider nicht zur beabsichtigten *Verkleinerung* der Kommission. Der derzeitige Zustand, dass jedes – auch ein kleines – Mitgliedsland Anspruch auf einen Kommissar hat, wird sich jedoch nicht lange in die Zukunft fortschreiben lassen. Evident ist die notwendige professionelle und persönliche Kompetenz der Kommissare. Große Länder, von denen die initiale Führung der EU erwartet wird – die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien – bedürften mehr als eines Kommissars, um ihrer inhaltlichen Verantwortung nachzukommen. Sie sind schon im Europäischen Parlament unterrepräsentiert – zugunsten der vielen kleinen Mitgliedsländer.

Nun noch zur Frage: Wie mag die Parteienlandschaft im neuen EU-Parlament aussehen? Es wird allgemein als gute Entscheidung gewertet, dass diesmal mehrere Fraktionen ihren Kandidaten für den Posten des Kommissionspräsidenten aufstellten. Realistische Chancen werden dem Kandidaten der Fraktion der Europäischen Volkspartei/EVP, Jean Claude Juncker, und dem Kandidaten der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, Martin Schulz, eingeräumt. Die Fraktion der EVP ist bisher mit 274 Abgeordneten die größte und die Fraktion S&D mit 196 Abgeordneten die zweitgrößte Fraktion im EU-Parlament, das nunmehr 751 Mandate umfassen soll. (Martin Schulz hätte im Hinblick auf demokratische Gewaltenteilung als Kandidat für den Kommissionspräsidenten freilich vom Posten des Parlamentspräsidenten zurücktreten sollen!)

Verschiedene Beobachter erwarten, dass die beiden großen Fraktionen im EU-Parlament ihre Position werden halten bzw. noch leicht ausdehnen können. Bekanntlich dürften EU-kritische Parteien wie der „Front National“ (FN) in Frankreich oder die „Alternative für Deutschland“ (AfD) größeren Einfluss gewinnen. Einer Schätzung zufolge sind schon derzeit etwa 120 Abgeordnete des Europaparlaments keine

„überzeugten“ Europäer, darunter britische Conservatives, die sich 2009 nicht der Fraktion der EVP angeschlossen hatten, oder „Die Wahren Finnen“.

Der kürzliche Entscheid des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe, die bisherige Sperrklausel von 3% für die Zulassung von Parteien zum Europaparlament aufzuheben, führt zu Sorgen bei den Europa tragenden Parlamentariern. Man hält für möglich, dass aus der Bundesrepublik zusätzlich bis zu zehn Parteien ins Parlament einziehen: AfD, NPD, Republikaner, Piraten, eine Tierschutzpartei... Zur Bildung von *Fraktionen* seien diese Parteien kaum fähig und daher werde ihr Einfluss schwach bleiben. Die Funktion des *Berichtstatters* dürfte „den Einfluss der EU-Skeptiker trotz günstigerer Wahlergebnisse auch zukünftig einschränken“.<sup>7</sup>

Eine weitere Sorge ist, wie diesmal der Respons der Wahlbürger ausfallen wird. Die Wahlbeteiligung betrug bei den Europawahlen 2009 in Bundesrepublik 43,3%. Zwar wird gesagt, in den USA oder der Schweiz sei sie üblicherweise auch nicht höher. Gleichwohl erscheint sie als zu niedrig, auch in Frankreich mit nur 40,6%, Großbritannien mit 34,7%, der Tschechischen Republik mit 28,2%, Polen mit 24,5% und der Slowakei mit 19,8%. Diese Ergebnisse sind enttäuschend und deuten darauf hin, dass die Freiheit, die nach dem Zerfall des Sowjetimperiums erlangt wurde, nicht mit einem tieferen Engagement für Europa honoriert wird. Diese Zahlen sind aber *inakzeptabel* angesichts der neuen, durch die Ukraine verursachten geostrategischen Belastungen. Ist es doch ein Argument der derzeitigen russischen Außenpolitik, dass Länder, die sich aus der ehemaligen Einflussphäre der Sowjetunion dem „Westen“ zuwandten, schlecht bzw. instabil regiert und angeblich zu einem Risiko für die Sicherheit Europas werden.<sup>8</sup>

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erscheint damit umso kritischer. Und umso verständlicher wird der Ruf nach einem einheitlichen Wahlrecht für das EU-Parlament und damit einer einheitlichen Sperrklausel (warum nicht 5%?). Nicht nur der

---

<sup>7</sup> S. Deutsche Bank Research: „EU-Skeptiker...“ a.a.O. S. 16.

<sup>8</sup> Auch im Wall Street Journal wurde entsprechender Beobachtung Raum gegeben: „The citizens and politicians of Croatia, Hungary, Slovenia and a host of other countries have allowed inept leadership to squander the first two decades of their newly attained independence.“ Milan A. Racic: Lessons in Democracy for Ukraine’s Neighbors. WSJ March 18, 2014 p. 13.

Gedanke der Demokratie, sondern das Erfordernis der *Institutionenbildung* muss in das EU-Parlament getragen werden, sowohl für eine starke „Institution Parlament“ selbst wie auch für die Parteien, die das Parlament tragen! Europa braucht große, konsensfähige Parteien und Fraktionen, die mit langfristig überzeugenden Programmen länderübergreifend um die Gunst der Bürger werben können.

In seiner Antrittsvorlesung für die Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik an der Universität Freiburg sprach am 16. Mai 2013 Prof. Tim Krieger von der EU als einem „vor allem institutionell unzuverlässigen Wirtschaftsraum“<sup>9</sup> sowie von einem „aus heutiger Sicht zu schwachen Ordnungsrahmen für den Euro“<sup>10</sup>. Hierzu noch einige wenige Bemerkungen.

### **Die Europäische Währungsunion – das „Europa des Euro“**

Der Euro wurde konzipiert als krönendes Element der europäischen Integration – in der Annahme des Wohlerhaltens seiner Mitgliedsländer und der Wahrung der geltenden Verträge. Die Entwicklung verlief bekanntlich anders und gab eher Kritikern recht – aus USA etwa Henry Kissinger, Martin Feldstein oder Rüdiger Dornbusch. Viele sehen die bisherige Geschichte des Euro als eine Abfolge von Verletzungen der europäischen Verträge, ausgerechnet auch durch Frankreich/Deutschland. Damit erfüllten sich frühe Warnungen der Deutschen Bundesbank, eine Währungsunion bedürfe des Schutzes einer politischen Union. Letztere erscheint weiterhin jedoch undenkbar, selbst nicht in Teilbereichen wie etwa zur Vorstellung eines „europäischen Finanzministers“. Bundestagspräsident Prof. Lammert formuliert hier klar: „Die Europäische Union ist kein Staat und soll auch keiner werden, sondern ein Bündnis souveräner Staaten bleiben.“<sup>11</sup>

Die derzeitigen Nationalstaaten sind erkenntlich nicht bereit, fiskalische Souveränitätsrechte abzugeben. Die Forderung nach „mehr Europa“ bleibt daher eine Leerformel, da sie nicht zu erfüllen ist. Der Zustand ist z.Z. eher mit „weniger Europa“ zu kennzeichnen. So ist etwa die neue französische Regierung mit Finanzminister Sapin

---

<sup>9</sup> Krieger, Tim: Die Finanzkrise...a.a.O. S. 14.

<sup>10</sup> Ebenda S. 18.

<sup>11</sup> S. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Februar 2014.

dabei, zum dritten Mal das Versprechen der Administration Hollande zu brechen, dass Frankreich sich den Grenzen einer Neuverschuldung um 3% des BIP nähert.

Ökonomen wie Prof. Otmar Issing und Prof. Hans-Werner Sinn u.v.a. wie Openeurope haben eindringlich nachgewiesen, dass Länder wie Italien, Spanien, Griechenland, Portugal, Zypern oder Irland – beunruhigend viele! – das historische Geschenk des Euro letztlich missbrauchten – u.a. zur Expansion auf den Arbeitsmärkten und – infolge niedrigerer Zinssätze gegenüber ihren früheren hohen nationalen Zinssätzen – zu einer massiven Ausweitung der Verschuldung der öffentlichen Haushalte und des Privatsektors. Viele Banken müssen sich vorhalten lassen, diese Expansion allzu bereitwillig finanziert zu haben – erleichtert durch die Regulation, derzufolge Kredite an staatliche Stellen in OECD-Ländern als „risikofrei“ eingestuft und nicht mit Eigenkapital zu unterlegen sind (offenbar immer noch). So wurden bekannte spanische Banken zu großen Gläubigern Portugals; die zypriotischen Banken und griechische Banken selbst waren überengagiert in Schulden des griechischen Staatssektors. Während die eingangs erwähnte Überschuldung in Lateinamerika und im Comecon weitgehend durch zu großzügige Gewährung von Krediten amerikanischer, japanischer und europäischer Banken ermöglicht wurde, muss man leider festhalten, dass die kürzlichen Finanzkrisen in „Euroländern“ weitgehend von den eigenen Banken und Aufsichtsstellen verursacht wurden! Derzeit vertraut man, dass die geschaffenen Rettungsmechanismen – insbesondere der „European Stability Mechanism“ ESM – die Schuldenkrise überwinden hilft. Aber zu welchem tragisch schwerem Preis sozialer und innenpolitischer Gefährdung!

Bei Einführung des Euro im Jahr 2000 versprach die Bundesregierung, der Euro werde so stabil werden wie die Deutsche Mark. Gemessen an der durchschnittlichen Preissteigerungsrate im Währungsgebiet des Euro von zuletzt 0,5% p.a. ist dieses Versprechen bislang eingetroffen.

Ein weiteres Versprechen war, die neu gegründete Europäische Zentralbank werde dem Modell der Deutschen Bundesbank folgen - als Institution, deren Mandat die Preisstabilität ist, und als unabhängige Hüterin der Währung. Die EZB hat sich jedoch zusehends von einer Orientierung an der Deutschen Bundesbank gelöst. Strittig wurde bereits das Ankaufsprogramm von Bonds unter Präsident Jean-Claude Trichet gewertet. Die Ankündigung seines Nachfolgers Mario Draghi, notfalls Anleihen von



Mitgliedsstaaten in großem Stil anzukaufen, um vermutete deflationäre Gefahren für die Eurozone zu bekämpfen, hat eine außerordentlich bewegte und tiefe Diskussion ausgelöst, die andauert. Auf die Verlautbarung des Bundesverfassungsgerichts und die Befragung des Europäischen Gerichtshofes in Luxembourg kann hier nur verwiesen werden.

Auch andere „Megathemen“ wie die – höchst problematische – Niedrigzinspolitik der EZB können hier nur erwähnt werden, auch die vom Europaparlament am 15. April 2014 gebilligten Maßnahmen zu einer europäischen „Bankenunion“, d.h. einer bei der EZB zu zentralisierenden Aufsicht über die ca. 130 größten europäischen Bankkonzerne sowie Vorkehrungen zur Auflösung systemisch gefährlicher Institute und zur Schaffung eines Abwicklungsfonds für Banken. Prominente deutsche Politiker, aber auch EU-Parlamentarier zeigen sich erfreut und sehen große Fortschritte, die zur Stärkung der europäischen Finanzmärkte führen sollen. Nicht verschweigen sollte man jedoch Sorgen, dass die EZB mit erkenntlich zu schwierigen Aufgaben überlastet und damit anfällig werden wird. Es wurde offenbar nicht genug ausgelotet, ob man nicht effizienter im Sinne des Subsidiaritätsprinzips hätte vorgehen können. „Bankenunion“ erscheint als Unwort des Jahres 2014.

Ob der Euro bislang die EU aber „mehr gespalten als integriert“ hat – auch hierzu wird die Europawahl Aufschlüsse geben. Die anhaltenden Widerstände in Italien, Spanien, Griechenland etc. gegen eine vermeintliche „Austeritätspolitik“ aus Brüssel sollten uns beunruhigen – und auch, dass Deutschland immer wieder unfair an den Pranger gestellt wird.

Bitte lassen Sie mich noch auf einen offenkundigen Webfehler in der Corporate Governance der EZB hinweisen. Aufgrund der Regel „pro Zentralbank eine Stimme“ im Governing Council der EZB entspricht das Stimmrecht der Deutschen Bundesbank nicht dem Gewicht der Bundesrepublik und auch nicht den Eigentums- und Haftungsverhältnissen bei der EZB, denn die Bundesbank ist mit ca. 18% deren größter Aktionär. Mit Eintritt Litauens zum Euro ab 1. Januar 2015 wird es mehr als 18 Mitgliedsländer des Euro geben. Damit wird ein Rotationsverfahren ausgelöst,

demzufolge die Bundesbank monatsweise über kein Stimmrecht verfügen wird, wenn sie auch weiterhin ihre Meinung in den Sitzungen äußern kann.<sup>12</sup>

Bei Gründung der EZB gingen die Verantwortlichen in Bundesfinanzministerium und Bundesbank offenbar davon aus, die EZB werde (nur) Geldpolitik betreiben, und für deren Qualität komme es auf die professionelle Urteilsfähigkeit der einzelnen abstimmenden Persönlichkeiten an und nicht auf die Bonität der Mitglieds-Zentralbanken, die sie vertreten. Mit Präsident Trichet und nun prononciert Präsident Draghi wurde aus der EZB jedoch ein „investor of last resort“, eine Großbank, die zusehends voluminöse und schwierige Risiken in ihre Bilanz nimmt. Die EZB wird damit ggf. nicht ihre Bonität halten können – und kann theoretisch zur Belastung des Steuerzahlers führen. Auch die EZB als europäische Institution sollte Gedanken einer „ecclesia sit reformanda“ gegenüber offen sein!

### **Ein Europa der „inneren Ziele“**

Europa wird sich nach außen nur behaupten und nach innen nur dann festigen können, wenn alle „stakeholder“ des Integrationsprozesses sich anstrengen, übergeordnete Zielsetzungen auszuarbeiten, die Beteiligten darauf zu einigen und sie umzusetzen. Den Aktionsradius hat Alfred Herrhausen vorgegeben: „Wir müssen das, was wir denken, sagen. Wir müssen das, was wir sagen, tun. Wir müssen das, was wir tun, auch sein.“

Oft wird auf die Chance verwiesen, mit der Integration Europas eine „Wertegemeinschaft“ zu realisieren. Zu Recht, nur sollten wir uns der Begrenzung des Begriffs „Wert“ bewusst sein, wie Hans Jonas in „Das Prinzip Verantwortung“ aufgezeigt hat: „'Wert' verbindet sich leicht mit der Frage ‚wem?‘ und ‚wieviel?‘: Das Wort stammt aus der Sphäre des Schätzens und Tausches. Es bezeichnet also zunächst nur ein Maß des Wollens, nämlich des Aufwendenwollens, und nicht des Sollens“<sup>13</sup> Die Deutsche Bank AG gibt für ihre „high net-worth“-Kundschaft eine Zeitschrift „Werte“ heraus – im durchaus förderlichen doppelten Sinn des Begriffs.

---

<sup>12</sup> S. Deutsche Bundesbank: „How voting rights rotate...“ a.a.O.

<sup>13</sup> S. Jonas Hans: Das Prinzip Verantwortung a.a.O. S. 160.

Unverzichtbar sind *Leitbilder für „innere Ziele“*. Hierzu ein aktuelles Beispiel: Eines der wichtigsten Projekte für die zukünftigen Beziehungen zwischen den USA und der EU sind die beginnenden Verhandlungen über die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP). Es gilt, Begrenzungen abzubauen und Regeln zu finden, um die beiden größten Wirtschaftszonen der Welt zu noch tieferem Austausch und Wachstum zu führen.

Im Vorfeld drohen zwei wichtige Themenfelder ausgeklammert zu werden: Die Schiedsgerichtsbarkeit für Streitigkeiten bei Behinderungen oder Misserfolg von Investitionen („Investor-State Dispute Settlement“) und „financial services“. Der zuständige EU-Kommissar Michel Barnier und Vertreter von Banken streben einen *Einbezug* von Finanzdienstleistungen ein, um im Verhandlungswege zu erreichen, dass auf amerikanischer Seite verfügte regulatorische Erschwernisse für Niederlassungen u.a. europäischer Banken in USA gemildert oder zurückgenommen werden. Im Verfolg der Finanzkrise verlangt die FED insbesondere rechtliche Verselbständigung und erhöhte Kapitalausstattung europäischer Bankniederlassungen. Das amerikanische Finanzministerium (US Treasury) *lehnt* Verhandlungen hierüber und damit den Einbezug von „financial services“ in TTIP *ab*, in Wahrung der Souveränität der USA und angesichts der von Niederlassungen europäischer Finanzhäuser auf amerikanischem Boden verursachten Schäden, die bekanntlich zu einer Flut von Klagen führten.

Vor den Beteiligten steht die „klassische“ Konstellation eines Dissenses, zu dessen Lösung es eines hohen Maßes an Diplomatie bedarf. Die Kommission lässt diese offenbar missen, denn es wurde bereits mit Vergeltungsmaßnahmen für US-Banken gedroht. Europäische (insbesondere: deutsche) Banken sollten Bereitschaft zeigen, entweder die Kapitalausstattung der Niederlassungen zu verbessern, oder – was der Vorgeschichte und dem eingetretenen Reputationsverlust entsprechen würde – Bilanzpositionen abzubauen und auf Geschäft zu verzichten. Damit würde Einsicht gezeigt!

Die USA und Europa haben schließlich gemeinsame übergeordnete Ziele, die es auch für die TTIP-Verhandlungen zu realisieren gilt. Trotz NSA-Problematik u.a. ist stets eine „mature partnership“ (Ambassador Richard Burt/Alfred Herrhausen)<sup>14</sup> zu realisieren!

---

<sup>14</sup> S. Alfred Herrhausen: New Horizons in Europe a.a.O. S. 20.

Die amerikanische Seite fühlt sich der EU in der Wettbewerbspolitik und der Qualität der Bankenaufsicht überlegen. Für die Finanzbranche und ihre Aufsicht in Europa erscheint es als wenig schmeichelhaft, dass die Problematik von „too-big-to-fail“ derzeit nur auf dem Papier Fortschritte macht. Gefragt sind geistig-moralisches Denken und Handeln.

Zur Erarbeitung von Leitbildern auf europäischer Ebene ergriff die deutsche Bundesregierung eine wichtige Initiative mit der sog. „*Berliner Erklärung*“, unterzeichnet am 25. März 2007 in Berlin anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Hierin sind viele innere und äußere Ziele für die EU formuliert: „Wir verwirklichen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar (...) Wir streben nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nach gegenseitigem Respekt und Verantwortung, nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität.“ Diese Ziele dürften Themen für erneute Verhandlungen in 2017 über eine Verfassung der EU sein.

Aktuell sind die geistig-ethischen Grundlagen von „*Sozialer Marktwirtschaft*“ im Hinblick auf ihre europäische Dimension zu evaluieren.<sup>15</sup> Nach den Auseinandersetzungen post festum um Alan Greenspan und Ayn Rand wissen wir, dass „der Markt“ allein nicht fähig ist, die Dinge zu richten!<sup>16</sup>

Dazu muss der Einfluss von „*Kultur*“ auf Verhaltensweisen in Europa ständig untersucht werden. Auf allen Ebenen des Kulturbetriebes sind Ausbildung und Geistesbildung der Jugend allgemein sowie insbesondere des politischen Nachwuchses in allen Mitglieds- und Nachbarländern der EU massiv zu fördern. Unsere Jugend sollte befähigt sein, sich in zwei bis drei („Fremd“-)Sprachen zu bewegen.

Wenn eingangs von „stakeholdern“ der EU gesprochen wurde, so ist maßgeblich an Kirchen und Religion zu denken. Prof. Michael Sievernich SJ ist zuzustimmen, wenn er

---

<sup>15</sup> Insbesondere angesichts des Stellenwertes, den Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft Sigmar Gabriel der Thematik „Soziale Marktwirtschaft“ zuweist.

<sup>16</sup> S. Sievernich Michael SJ: Wenn Egoismus... a.a.O S. 518 f.

eindringlich für ethisch-religiösen Normen für eine „Europäische Leitkultur“ plädiert.<sup>17</sup> Meine persönliche Meinung ist, dass die christliche Botschaft wie keine andere die „inneren Ziele“ der europäischen Integration abdeckt.<sup>18</sup> Die päpstliche Botschaft von Jean-Paul II zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1999 sollte uns Erkenntnisquelle zu den Themen Menschenrechte, Umwelt und Frieden sein.<sup>19</sup>

Unter Aspekten der Bereitschaft, zu stabilen Staatswesen beizutragen, wage ich – nach vielen Mühen um Osteuropa – hingegen einen recht hinterfragenden Blick auf die Orthodoxen Kirchen in Russland, der Ukraine oder Griechenland zu werfen. Hier ist analytisch Bestand aufzunehmen und auszuloten, inwieweit im Hinblick auf die zukünftigen Anforderungen für Europa Gesinnung und Kooperation zu verbessern sind.

Noch mehr bedarf die Fähigkeit des Islam, zu „inneren Zielen“ wie dem Frieden beizutragen, sorgfältiger Untersuchung. Europa ist insbesondere vor Islamismen zu bewahren.

Lassen Sie mich mit der Frage schließen – wo endet Europa? Die Grenzen dürften so weit reichen, wie man Demokratie, Menschenrechte, humanistische Vorstellungen, die Würde des Menschen und weitere innere Werte achtet und schützt.

#### Literaturhinweise:

Deutsche Bank Research: EU-Skeptiker im Aufwind. Von Nicolas Heinen und Florian Hartleb. Frankfurt am Main, 31. Januar 2014.

Deutsche Bundesbank: How voting rights rotate on the ECB Governing Council. Topics, Frankfurt am Main, 21. Februar 2014.

---

<sup>17</sup> S. Sievernich Michael SJ: Europäische Leitkultur a.a.O. S. 361 f.

<sup>18</sup> Ein Vorfahr meiner Familie, der Generalsuperintendent Johann Christian Lange (8. Generation zurück) formulierte u.a.: „Der wahre Friede besteht nicht allein in dem ‚Frieden mit Gott‘, zu ihm gehört auch der ‚Frieden mit dem Nächsten und mit sich selbst‘ (...) Der Friede, welchen Jesus uns zuwege gebracht hat, kann bey allem Unfrieden der Welt dennoch unser Hertz zufrieden stellen: als ein Friede, der höher ist denn alle Vernunft“. S. Goebel, Karl Gottfried: Johann Christian Lange (1669-1756) a.a.O. S. 220.

<sup>19</sup> S. Message de Sa Sainteté... a.a.O.

Errera, Gérard; Ischinger, Wolfgang: Paris-Berlin: écrivons une nouvelle page. Le Figaro, 13. April 2014, S. 16.

Goebel, Karl Gottfried: Johann Christian Lange (1669-1756). Seine Stellung zwischen Pietismus und Aufklärung. Verlag der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung, Darmstadt und Kassel, 2004

Guth, Wilfried: Europäische Integration und Soziale Marktwirtschaft. Reden und Beiträge 1992-1997. Piper Verlag, München, Juli 1999.

Herrhausen, Alfred: New Horizons in Europe. Manuscript for the Arthur Burns Memorial Lecture, New York, 4. Dezember, 1989, mimeo.

Ders.: Denken\_Ordnen\_Gestalten. Posthum hg. von Kurt Weidemann. Geleitwort von Wilfried Guth. Siedler Verlag, Berlin, 1990.

Islam, Faisal: The Default Line. Head of Zeus Ltd., London, 2013. Interviews zu Profs. O. Issing, M. Kerber, H.W. Sinn, M. Murtfeld, s. S. 298 u.a.

Issing, Otmar: Interview „Eine Perversion des Solidaritätsgedankens“. Handelsblatt vom 21. Februar 2014, zitiert in Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 9, 26. Februar 2014 S. 10 f.

Ders.: Get your finances in order and stop blaming Germany. Financial Times, 26. März 2014, S. 7.

Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung. Insel Verlag, Frankfurt am Main, 7. Aufl., 1987.

Jordan, Pamela A.: Russia's Accession to the Council of Europe and Compliance with European Human Rights Norms. Mimeo.

Krieger, Tim: Die Finanzkrise und Europas Rolle in der globalen Wirtschaftsordnung. Hg. Baden-Badener Unternehmer Gespräche e.V., Ch. Goetz Verlag, München, 2013.

Message de Sa Sainteté Le Pape JEAN-PAUL II pour la Célébration de la Journée Mondiale de la Paix 1er Janvier 1999, Libreria Editrice Vaticana. Cité du Vatican.

Sievernich, Michael SJ: Europäische Leitkultur. Stimmen der Zeit, Heft 6/2011, S.361-362.

Ders.: Wenn Egoismus zur Tugend wird. Zum Einfluss der Schriftstellerin Ayn Rand in den USA. Herder Korrespondenz 66, 10/2012, S. 515-519.

Ders.: The Globalization of Responsibility: Marginal Notes on Ethics and Religion. In: Responsibility and Commitment, ed. Tze-wan Kwan, Waldkirch: Edition Gorz, 2008, S. 95-111.

Stewart, Susan: Russland und der Europarat. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2013.

Teufel, Erwin: Europa von Kopf auf die Füße stellen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März 2014.

## **Aktuelle Diskussionsbeiträge / Recent discussion papers**

2014-01	Martin Murtfeld	Gedanken zu „Europa“
2013-05	Alexander Haupt, Tim Krieger, Thomas Lange	Education Policy, Student Migration, and Brain Gain
2013-04	Tim Krieger, Daniel Meierrieks	The Rise of Market-Capitalism and the Roots of Anti-American Terrorism
2013-03	Eugen Dimant, Tim Krieger, Margarete Redlin	A Crook is a Crook ... But is He Still a Crook Abroad? On the Effect of Immigration on Destination-Country Corruption
2013-02	Alexander Haupt, Tim Krieger	The Role of Mobility in Tax and Subsidy Competition
2013-01	Tim Krieger	Die Finanzkrise und Europas Rolle in der globalen Wirtschaftsordnung